

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 29

vom 1. August 2008

Redaktion: Katja Richardt

Wirtschaft und Hafen

Beginn einer neuen Ära in Hamburg-Finkenwerder	2
Hafengrenze in Finkenwerder wird neu gezogen.....	4
Container-Rekord bei der Hamburger Hafentbahn	5

Wissenschaft und Forschung

Keine Mittel-Rückforderung an die Uni Hamburg.....	7
Verfahren für Uni-Bauentwicklung festgelegt.....	8

Umwelt

Hamburg bringt Erneuerbare Energien voran!	10
--	----

Gesundheit

Senator Wersich: Schutz der Nichtraucher vor Passivrauchen ist wichtig und notwendig.....	12
---	----

Zur Information

Terminkalender	13
----------------------	----

28. Juli 2008/bwa28

Beginn einer neuen Ära in Hamburg-Finkenwerder

Senator Axel Gedaschko: „Die erste A380-Auslieferung in Hamburg an Emirates ist ein Meilenstein in der deutschen Luftfahrtindustrie“

Heute feiert Hamburg eine Premiere. Erstmals wird von Airbus am Standort Finkenwerder der Großraumjet A380 ausgeliefert. Als erster Kunde hat Emirates seinen Airbus A380 in dem eigens dafür gebauten Auslieferungszentrum in Empfang genommen. Das „Delivery Center Jürgen Thomas“, benannt nach dem deutschen Flugzeugbauer, wurde erst vor drei Wochen eingeweiht. Thomas gilt als Vater der A380. Mit bisher 58 Bestellungen des „Riesenbabys“ ist die arabische Fluggesellschaft Emirates der größte A380-Kunde.

„Many happy landings!“, wünscht Hamburgs Senator für Wirtschaft und Arbeit, Axel Gedaschko, der Fluggesellschaft Emirates zum Erwerb dieses außergewöhnlichen Großraumlangstreckenfliegers. Hamburg als weltoffene Handelsmetropole mit traditionell guten Beziehungen in den arabischen Raum ist stolz, dass Emirates ihr erster Großraumjet A380 hier in der Hansestadt übergeben wird. Gleichzeitig gratuliert Senator Gedaschko allen, die am Bau und der Übergabe des Flugzeugs beteiligt waren: „Mein Glückwunsch gilt vor allem Airbus. Die Auslieferung der ersten A380 in Hamburg markiert einen Meilenstein in der Entwicklung der Luftfahrt und der Luftfahrtindustrie in ganz Deutschland. Die heutige Übergabe dokumentiert auch nach außen hin den großartigen Einsatz vieler Beteiligter aus dem Luftfahrtnetzwerk dieser Region für dieses Flugzeug.“

Airbus ist nicht nur ein Impulsgeber für die gesamte Wirtschaft Hamburgs und die Metropolregion. Airbus und seine Zulieferer und Partner haben auch entschieden dazu beigetragen, dass die Metropolregion Hamburg heute einer der weltweit größten Standorte der zivilen Luftfahrtindustrie ist. Inzwischen arbeiten im Luftfahrtcluster der Metropolregion Hamburg rund 36.000 Menschen. Vor allem die Entwicklung und der Bau der A380 haben großen Anteil daran, dass die Freie und Hansestadt auch zukünftig in der ersten Liga der Luftfahrtstandorte mitspielen wird. Die erste A380-Auslieferung ist daher ein ganz besonderer Tag.

Senator Axel Gedaschko kommentiert: „Mit Spannung und Freude haben wir dem heutigen Tag entgegen gefiebert. Über zehn Jahre Planung, Entwicklung und Bau liegen jetzt hinter uns. In dieser Zeit wurden die notwendigen Infrastrukturen, Produktionsanlagen und die Verlängerung der Start- und Landebahn im Rahmen der A380-Werkserweiterung realisiert. Das war nicht immer reibungslos, aber das Ergebnis kann sich heute weltweit sehen lassen: Es bietet Anlass, uns erneut die Beschäftigungseffekte vor Augen zu führen, die mit dem Flugzeugbau in Hamburg verbunden sind. In den vergangenen Jahren sind bei Airbus und seinen Zulieferern jeweils über 4000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Ich bin mir sicher, dass der Airbus A380 als Botschafter die Leistungsfähigkeit des Luftfahrtstandortes Hamburg in die Welt tragen wird.“

Kontakt für Medienvertreter:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit,

Michael Ahrens, Pressestelle

Tel.: (040) 42841-16 27; Fax: 4279 41 055

pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.bwa.hamburg.de

29. Juli 2008/bwa29

Hafengrenze in Finkenwerder wird neu gezogen

Das ehemalige Werftgelände des Kutterhafens wird aus dem Hafengebiet genommen, um den alten Ortskern von Finkenwerder zu erweitern. Auf der neu gewonnenen Fläche sollen unter anderem Büros und zwei Lebensmitteldiscounter entstehen.

Durch die Änderung Hafenentwicklungsgesetzes wird die Hafengebietsgrenze am Westufer des Köhlfleets/Finkenwerder Kutterhafens verlegt, so dass die ca. 37.000 qm große Fläche der ehemaligen Pahl-Werft für gewerbliche Nutzung frei wird. Darauf haben sich die Behörden für Wirtschaft und Arbeit sowie Stadtentwicklung und Umwelt, das Bezirksamt Mitte und die Hamburg Port Authority einvernehmlich geeinigt. Ziel der neuen Grenzziehung ist die Stärkung des alten Ortskerns von Finkenwerder. Um die Kaufkraft des Stadtteils zu verbessern, sollen hier Einzelhandel, Büros und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden.

Die Inanspruchnahme der Land- und Wasserflächen des Finkenwerder Kutterhafens für die städtebauliche Entwicklung ist aus hafenplanerischer Sicht sorgfältig geprüft und abgewogen worden. Wichtig war dabei, dass die östlich des Entlassungsbereichs vorgesehene Hafenentwicklung (Westerweiterung Eurogate Containerterminal Hamburg GmbH) durch die geplante neue Nutzung am Finkenwerder Kutterhafen nicht beeinträchtigt wird. Die Wasserflächen des Kutterhafens wurden seit längerem kaum noch hafenwirtschaftlich genutzt. Gleiches galt - bedingt durch die südlich und östlich angrenzenden städtischen Nutzungen – auch für die privaten Flächen der ehemaligen Pahl-Werft. Die Funktionsfähigkeit der weiterhin im Bereich Finkenwerder stattfindenden Hafennutzungen wird durch die neuen Hafengrenzen dagegen nicht beeinträchtigt.

Im Gesamtergebnis der Abwägung von hafenpolitischen und stadtentwicklungspolitischen Interessen überwog das öffentliche Interesse an einer städtebaulichen Nutzung des zu entlassenden Areals. Eine Beeinträchtigung des Hamburger Hafens ist dadurch nicht zu befürchten. Im Vorfeld in Auftrag gegebene Gutachten zur Lärm- und Luftqualitätssituation haben ergeben, dass die benachbarten Werftbetriebe durch die Ansiedlung der beiden geplanten Einrichtungen in ihren Funktionen nicht eingeschränkt werden.

Kontakt für Medienvertreter:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit,
Michael Ahrens, Pressestelle
Tel.: (040) 42841-1627; Fax: 4279 41 055
pressestelle@bwa.hamburg.de, Internet: www.bwa.hamburg.de



Pressemitteilung

31.07.2008/HPA31

Container-Rekord bei der Hamburger Hafenbahn

Bahn-Containerverkehr legt im ersten Halbjahr um 10,1 Prozent auf fast eine Mio. TEU zu – Gütertransport auf der Schiene immer attraktiver

Hamburg, 31. Juli 2008 – Der Umschlagsboom in Deutschlands größtem Seehafen beschert der Hamburger Hafenbahn neue Rekorde: Die Zahl der beförderten Bahncontainer erreichte im ersten Halbjahr 2008 mit rund 970.000 TEU einen neuen Bestwert. Das Volumen am größten Bahncontainer-Umschlagsplatz Europas erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10,1 Prozent. Einen neuen Rekord verbuchte die Hafenbahn auch beim Gesamt-Güteraufkommen, das in den ersten sechs Monaten des Jahres auf 19,94 Millionen Tonnen zulegte. Dies entspricht einem leichten Plus von 1,4 Prozent.

„Die Hafenbahn profitiert weiterhin direkt vom Umschlagsboom im Hafen“, so Jens Meier, kaufmännischer Geschäftsführer der Hamburg Port Authority. „Zugleich wird der Gütertransport auf der Schiene immer attraktiver. Immerhin nutzen bereits mehr als 50 nationale und internationale Eisenbahnverkehrsunternehmen das Hafengebahnnetz“. Für das Gesamtjahr erwartet Meier beim Schienengüterverkehr des Hafens ein Containeraufkommen von über 2,0 Mio. TEU (2007: 1,8 Mio.) und einen Gesamtumschlag von 41 Mio. Tonnen (2007: 39,74).

Hamburg wird im internationalen Güterverkehr künftig noch weiter an Bedeutung gewinnen. Grundlage dafür ist die Verkehrsprognose für den Hafen auf Basis der Daten von 2006. Danach wird sich das Umschlagsvolumen von 8,9 Millionen Container bis 2015 auf rund 18,1 Millionen verdoppeln. Bei der Hafenbahn verdreifacht sich das Aufkommen von 1,6 Millionen auf 4,5 Millionen Container. Gleichzeitig wird erwartet, dass sich die Zahl der täglichen Güterzüge im Hafen auch nach einer durchgreifenden Optimierung der Bahnproduktion von derzeit 200 auf rund 450 mehr als verdoppelt.

Angesichts der Verkehrszuwächse arbeitet die Hafenbahn an einer weiteren Optimierung des Schienennetzes im Hafen, um damit die Kapazität weiter auszubauen. Zugleich erstellt

die Hamburg Port Authority (HPA) derzeit einen Generalplan zur Erweiterung des Hafengebühnnetzes im Raum Süderelbe.

Die Hamburger Hafengebühn bewirtschaftet ein 330 Kilometer langes Schienennetz. Dazu gehören fünf Bahnhöfe, sieben Stellwerke und 73 Brücken. Der Bahh-Containertransport steigt weiterhin an. Mittlerweile werden rund 70 Prozent aller Container im Fernverkehr umweltschonend und kostengünstig auf der Schiene transportiert.

28.07.2008/bwf28

Keine Mittel-Rückforderung an die Uni Hamburg

Gemäß eines Haushaltsrechtlichen Vermerks, der von der Bürgerschaft beschlossen worden ist, ist es der Universität Hamburg nicht untersagt, eingesparte Personalmittel für die Beschaffung von Sachmitteln zu verwenden. Die Verwendung ist ohne Einschränkung zulässig.

Weder die Behörde für Wissenschaft und Forschung noch die Finanzbehörde sehen daher Anlass, Mittel zurückzufordern.

Ob die Universität intern die Möglichkeit von Rücklagen in den Fakultäten zugunsten zentraler "Töpfe" begrenzt hat, ist von der Universität zu beantworten. Soweit es sich um eine interne Aktion der Universität handelt, haben die Behörden darauf keinen Einfluss.

Die von der wissenschaftspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE vorgebrachte Vermutung des Zugriffs auf Studiengebühren verbietet sich allein vom Gesetzestext her. Die Studiengebühren stehen allein den Hochschulen zur Verbesserung von Studium und Lehre zu.

Eine Kürzung des Haushaltszuschusses kann allenfalls bei sachlich begründbaren Veränderungen vorgenommen werden. Hierzu gibt es aktuell keinen Anlass.

Die von der Fraktion DIE LINKE angesprochene Abschaffung der Haushaltsausschüsse der Fachbereiche und Fakultäten ist auf den Wunsch der Hochschulen nach mehr Selbstverwaltung zurück zu führen.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs, Tel: 040 / 428 63 - 2322,
E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de, www.bwf.hamburg.de

31.07.2008/bwf31

Verfahren für Uni-Bauentwicklung festgelegt **Entwicklungsstudie soll erste Erkenntnisse bringen**

Vor rund drei Wochen hat die im Koalitionsvertrag vereinbarte Arbeitsgruppe vier Szenarien für die bauliche Entwicklung der Universität vorgestellt, die auf ihre Realisierbarkeit und auf ihre Eignung geprüft werden sollen, dem besorgniserregenden baulichen Zustand der Universität Hamburg ein Ende zu bereiten und der Universität optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

Die Arbeitsgruppe hat jetzt die Verfahren für eine zügige Prüfung der vier Szenarien festgelegt. Ziel ist es, eine Entwicklungsstudie zu erarbeiten, die Richtungweisend für weitere Untersuchungen ist. Alle betroffenen Bereiche werden am Verfahren beteiligt. Die Ergebnisse der Entwicklungsstudie sollen im Frühjahr 2009 dem Senat zur Entscheidung vorgelegt werden. Zuvor soll eine öffentliche Diskussion über die Entwicklungsstudie und die vier Szenarien stattfinden.

Wissenschaftssenatorin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Dr. Herlind Gundelach:

„Wir wollen der Universität Hamburg eine Perspektive und somit auch eine inhaltliche Entwicklung sichern. Mit der Festlegung einer Verfahrensorganisation für die Untersuchung der vier Entwicklungsszenarien haben wir den nächsten Schritt gemacht. Die Entwicklungsstudie soll erste Erkenntnisse bringen und Hinweise dafür geben, welche Szenarien im Weiteren vertieft geprüft werden sollen. Wir werden alle Beteiligten aktiv in den Prozess einbinden und so alle Interessensbereiche bestmöglich abdecken.“

Die vier zur Prüfung vorgesehenen Entwicklungsszenarien für die Universität sind:

- 1) Modernisierung ohne Abrisse am derzeitigen Standort
- 2) Modernisierung mit Abrissen und erheblichem Neubauanteil am derzeitigen Standort
- 3) Verlagerung von Teilen der zentralen Universitäts-Bereiche an einen neuen Standort
- 4) Vollständige Verlagerung der zentralen Bereiche der Universität an einen neuen Standort.

Die Prüfung der Entwicklungsszenarien und die Erarbeitung einer Entwicklungsstudie erfolgt unter verschiedenen Aspekten:

1. Stadtentwicklung

Es soll geprüft werden, welche Entwicklungsoptionen die Universität und ihr Umfeld am jetzigen Standort und bei einer Teil- oder vollständigen Verlagerung an einen neuen Standort hätten. Ebenso werden Entwicklungsmöglichkeiten der Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Mitte bei einer Teil- oder vollständigen Verlagerung der Universität untersucht.

2. Baukosten- und Bauablauf

Hier steht die Ermittlung von Baukosten und Bauablaufszszenarien im Mittelpunkt. Dazu gehören auch Interimslösungen sowie die Auswirkungen auf den Universitätsbetrieb.

3. Verfügbarmachen von Flächen auf dem Grasbrook

Kernfrage ist hier, wann und unter welchen Voraussetzungen welche Grundstücke gegebenenfalls zur Verfügung stehen könnten.

4. Finanzierung

Hier sollen unterschiedliche Modellvarianten geprüft werden. Diese reichen von einer Haushaltsfinanzierung über Public-Private-/Public-Public-Partnership-Optionen bis hin zu Mietkauf- oder Anmietungslösungen.

An dem Prozess werden beteiligt die Behörden für Wirtschaft und Arbeit, Stadtentwicklung und Umwelt, die Finanzbehörde, die Senatskanzlei sowie die Universität Hamburg, die Hamburg Port Authority und die Bezirke Eimsbüttel und Hamburg-Mitte. Die Behörde für Wissenschaft und Forschung hat die Federführung. Externe Berater werden hinzugezogen.

Im September sollen die Arbeiten beginnen, über die ab November monatlich an die Arbeitsgruppe der Koalitionäre zu berichten ist. Bevor Ergebnisse der Entwicklungsstudie dem Senat mit einem Entscheidungsvorschlag im Frühjahr 2009 vorgestellt werden, soll es einen öffentlichen Diskurs über die Entwicklungsstudie und die -szenarien geben.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs, Tel: 040 / 428 63 - 2322,
E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de, www.bwf.hamburg.de

28. Juli 2008/bsu30

Senat verstärkt Solarförderung:

Hamburg bringt Erneuerbare Energien voran!

Der Einsatz der Solarenergie erreicht in Hamburg einen neuen Rekord. Bis zur Jahresmitte wurde aus dem Hamburger Klimaschutzprogramm die doppelte Solarkollektorfläche in die Umsetzung gebracht wie im gesamten Jahr 2006. Die anhaltend hohe Nachfrage nach alternativer Wärmeerzeugung und Maßnahmen zur Energieeinsparung hat bereits im laufenden Jahr zu einer Förderung von rund 5 Mio. Euro geführt.

Der Senat begrüßt diese Entwicklung und wird kurzfristig zusätzliche Fördermittel in Höhe von 2 Mio. Euro für die Anwendung erneuerbarer Energien zur Verfügung stellen.

Mit dem Einsatz dieser zusätzlichen Fördermittel werden private Investitionen von rd. 7,2 Mio. Euro unterstützt oder gar erst initiiert. Es handelt sich um rund 1.000 kW Photovoltaik, die Effizienzsteigerung bei 13.000 kW Heizkesselleistung in Gebäuden sowie die Installation von 7.500 m² zusätzlicher Kollektorfläche. Allein durch diese Zusatzmittel werden in Hamburg jährlich 2.300 Tonnen CO₂ vermieden.

Umweltsenatorin Anja Hajduk:

„Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache und zeigen, dass unsere Programme greifen und der Klimaschutz jetzt wirklich in der Praxis angekommen ist. Ein ganz zentrales Instrument für effektiven Klimaschutz sind die Maßnahmenpakete im Gebäudebereich. Über die Hälfte unserer Programme richtet sich auf kleinere Wohngebäude, etwa ein Viertel auf gewerbliche Bauten. Wir verstärken diese Mittel jetzt gezielt im Bereich der Solarthermie, entwickeln hierbei zugleich unsere diesbezüglichen Förderrichtlinien weiter, um auch künftig die Vielzahl investitionsbereiter Hausbesitzer angemessen unterstützen zu können.“

Im Rahmen der Initiative „*Arbeit und Klimaschutz*“ werden Maßnahmen zur Energieeinsparung an Gebäuden und zur Nutzung erneuerbarer Energien in Hamburg finanziell gefördert. Durch das im letzten Jahr beschlossene Hamburger Klimaschutzkonzept konnten die hierfür verfügbaren Mittel gegenüber den Vorjahren auf einen Jahresansatz von rund 5 Mio. Euro verdoppelt werden. Nicht zuletzt durch die steigenden Energiepreise entstand in den letzten Wochen ein regelrechter Ansturm auf die Hamburger Förderprogramme: allein im Juni wurden über 1 Mio.

Euro Fördermittel für die Installation von Solarkollektoren und energiesparenden Heizanlagen beantragt, soviel wie im gesamten letzten Jahr.

Durch die enorme Nachfrage wurde jedoch der finanzielle Rahmen dieser Förderprogramme für das Jahr 2008 ausgeschöpft. Hier wurden jetzt kurzfristig zusätzliche Mittel aus dem Hamburger Klimaschutzkonzept bereitgestellt.

Kontakte: Beh. f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-428.40-3249 oder -3063, -2051, -2058,
volker.dumann@bsu.hamburg.de

30. Juli 2008/bsg30

Senator Wersich: Schutz der Nichtraucher vor Passivrauchen ist wichtig und notwendig

Das Bundesverfassungsgericht hat heute seine Grundsatzentscheidung zum Rauchverbot in der Gastronomie verkündet. Die Richter entschieden über drei exemplarische Verfassungsbeschwerden von Betreibern von Gaststätten und einer Diskothek in Baden-Württemberg und Berlin.

Gesundheitssenator Dietrich Wersich: „Rauchen macht krank. Der Schutz der Nichtraucher vor den Gefahren des Passivrauchens ist wichtig und notwendig. Dies wird auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt, wonach der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren - wozu der Gesetzgeber auch das Passivrauchen zählen darf - ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut ist.

Wir werden das heutige Urteil genau prüfen um zu sehen, inwieweit Änderungen im Hamburgischen Passivraucherschutzgesetz notwendig sind. Dabei wollen wir auch die Abstimmung mit anderen Bundesländern suchen. Im Endeffekt muss die Bürgerschaft als Gesetzgeber über etwaige Neuregelungen beschließen. Hierfür hat das Bundesverfassungsgericht einen Zeitraum bis zum 31. Dezember 2009 eingeräumt.“

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Gesetzgeber, wenn er Ausnahmen vom Rauchverbot zulässt, diese folgerichtig treffen muss, um den besonderen Belastungen, z.B. für die Betreiber von Einraumkneipen, gerecht zu werden. Dieser verfassungsrechtlichen Anforderung werden einzelne Bestimmungen in den Nichtraucherschutzgesetzen Baden-Württembergs und Berlins nicht gerecht.

Die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Maßgaben zum Schutz der Freiheit der Berufsausübung haben für die Betreiber von Einraumgaststätten maßgebliche Bedeutung und gelten bis zum Zeitpunkt einer Neuregelung. Das Rauchen kann erlaubt werden in Einraumgaststätten unter 75 qm, die nur über eine Schankerlaubnis ohne die Ausgabe von Speisen verfügen und die mit entsprechender Kennzeichnung als Raucherkneipe nur Erwachsenen über 18 Jahren Zutritt gewähren.

Gesundheitssenator Wersich: Selbstverständlich werden diese Regelungen auch in Hamburg Beachtung finden. Wir werden dazu umgehend die Handlungsanweisung für die Bezirksämter entsprechend anpassen.“

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

Terminkalender

Vom 4. August bis 08. August 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 04.08.2008

- 14:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann überreicht das **Exequatur an den Honorarkonsul des Unabhängigen Staates SAMOA in Hamburg, Dr. jur. Ascan PINCKERNELLE.**
- 19:45** Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Bernd Reinert spricht ein Grußwort anlässlich **des Senatsempfangs „European Summer School in Logic, Language and Information“.**

Dienstag, den 05.08.2008

- 14:00** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft die **Direktorin der Taipeh-Vertretung in Hamburg, Hsiao-Nee Chang**, zu einem Gespräch
- 19:30** Cinemaxx Dammtordamm 1
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt teil an der **Filmpremiere „Der Mongole / X-Verleih“.**

Donnerstag, den 07.08.2008

- 09:00** Airport, Terminal 2, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus folgt **einer Einladung von Michael Eggenschwiler zu der Gesprächsrunde „Airport Frühstück.“**
- 10:00** Ostsee Info-Centerzentrum Eckernförde, Jungfernstieg 110, Medien- und Forschungsschiff Aldebaran
Bürgermeisterin Christa Goetsch besucht gemeinsam mit **Schleswig-Holsteins Ministerin für Bildung und Frauen, Ute Erdsiek-Rave, das Forschungsschiff ALDEBARAN.**
- 17:00** Finanzbehörde, Gänsemarkt 36
Staatsrat Dr. Manfred Jäger eröffnet die **Ausstellung „Kunst im Gange“.**
- 19:00** Cap San Diego, Überseebrücke
Staatsrat Reinhard Stuth spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Das faszinierende Foto-Vergleich Major Exhibition. Maos Reich & China heute“**

Freitag, den 08.08.2008

- 11:30** Schuppen 50, Australiastr.
Staatsrat Reinhard Stuth besucht die **Stiftung Maritim Hamburg.**

13:00

Generalkonsulat der Volksrepublik China, Elbchaussee 268
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann, Staatsrat Bernd Reinert und Staatsrat
Reinhard Stuth nehmen auf **Einladung des Generalkonsuls Jinsheng Ma**
am Empfang zur Eröffnung der XXIX. Olympischen Spiele in Peking teil.